

► aber nicht genutzt werden, um US-Produkte zu kaufen, sondern in den USA angelegt werden. In Staatsanleihen – oder auch riskanteren Wertpapieren.

Das Dilemma der Exportstars. Wenn das Leitwährungsland die Welt mit seiner eigenen Währung überschwemmt, droht ihm lediglich eine Abwertung seiner Währung, erklärt Schulmeister. Doch auch dies kann im Sinne des Leitwährungslandes sein: Ein sinkender Wechselkurs verbessert die Absatzchancen seiner Exportindustrie und entwertet die Forderungen, die sich die „fleißigen Gläubigerländer“ gegenüber dem Leitwährungsland erarbeitet haben, so der Wirtschaftsexperte. Die Gläubiger der USA, vor allem China, Japan und Deutschland, stünden nun vor einem Dilemma: Sind sie nicht mehr bereit, weiter Dollars zu sammeln, fällt der Kurs der US-Währung weiter, die eigenen Produkte werden auf dem Weltmarkt teurer und Exportrückschläge bremsen das Wachstum. Machen sie aber weiter wie bisher, „dann wird die stetig steigende Auslandsverschuldung der USA letztlich eine umso stärkere Dollarabwertung nach sich ziehen“.

Angesichts der vielfältigen Probleme mit der Doppelrolle des Dollar hält Schulmeister einen „grundlegenden System-

wechsel“ für nötig. Eine globalisierte Wirtschaft brauche eine supranationale Leitwährung. Nur so könne der „unlösbare Grundkonflikt zwischen den national-ökonomischen Interessen des Leitwährungslandes und den global-ökonomischen Interessen der Weltwirtschaft als Gesamtsystem“ gelöst werden. Ein solches Weltgeld könne aus den Währungen der USA, Eurolands, Chinas und Japans zusammengesetzt sein. Die Notenbanken hätten die Aufgabe, die Kurse dieser Währungen innerhalb enger Bandbreiten zu stabilisieren, wie es in der EU von 1986 bis 1992 geschah. Das Niveau der festgelegten Umtauschverhältnisse sollte sich an den Kaufkraftparitäten orientieren. Diese geben das „faire“ Kursniveau wieder, bei dem keines der Länder einen Preisvorteil oder -nachteil im internationalen Handel hat. Entspricht der Wechselkurs der Kaufkraftparität, so ist ein repräsentativer Warenkorb von Gütern und Dienstleistungen aus den betrachteten Ländern annähernd gleich teuer. ◀

* Quelle: Stephan Schulmeister: Globalisierung ohne supranationale Währung: Ein fataler Widerspruch, in: ifo-Schnelldienst, 16/2009. Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

FAMILIENPOLITIK

Betreuung bringt mehr als Bares

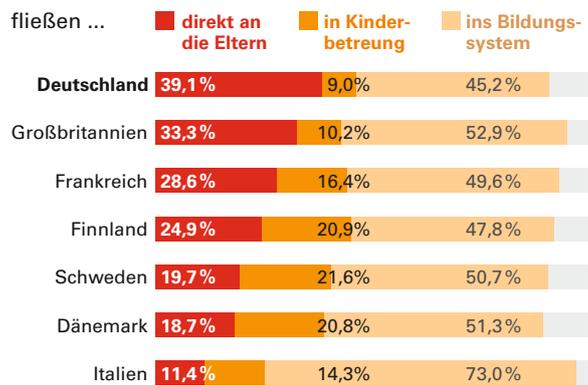
Eine internationale Studie macht deutlich: Gute Betreuungsangebote bringen mehr für das Wohl von Kindern als Kindergeld und höhere Steuerfreibeträge.

Deutschland lässt sich die Förderung von Familien zwar relativ viel kosten, schneidet aber beim internationalen Vergleich zum Wohlbefinden von Kindern trotzdem nur mäßig ab. Einer OECD-Studie zufolge gibt die Bundesrepublik für Schulen, Dienstleistungen und direkte Finanztransfers 10 bis 20 Prozent mehr Geld aus als das Gros der westlichen Industrieländer.* Dennoch wächst hierzulande jedes 6. Kind in relativer Armut auf – in Dänemark ist es nur jedes 37. Kind. Im OECD-Schnitt leben 12,4 Prozent der Kinder in Haushalten, die nicht über die Hälfte des nach Personen gewichteten Medianeinkommens verfügen. In Ungarn und der Slowakei sind es keine 11 Prozent, in Deutschland 16,3 Prozent.

Der Bericht nennt einen wesentlichen Grund dafür: Die Bundesrepublik fördert Familien mit Nachwuchs vor allem über Transfers und Steuernachlässe wie dem Kindergeld oder Kinderfreibeträge. Die bringen indes für das Wohl des Nachwuchses nur wenig. In Dänemark und Schweden ist der Anteil direkter Zahlungen an der gesamten staatlichen Kinderförderung nur halb so groß wie in Deutschland, dort gelten aber keine 5 Prozent der Kinder als arm. Nur Luxemburg überweist ähnlich wie Deutschland fast 40 Prozent der öffentlichen Förderung direkt an die Eltern. Die OECD empfiehlt, Transfers stärker auf bedürftige Kinder und deren Familien zu konzentrieren. Vor allem aber sollten Dienstleistungen wie Kinderbetreuungen und Ganztagschulen ausgebaut werden. Mehr frühkindliche Bildung in öffentlichen Einrichtungen könne soziale Ungleichheit reduzieren.

Deutschland: Viel Geld geht an Eltern

Von den staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuung 2003



Rest auf 100%: andere Sachleistungen; Quelle: OECD 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Forscher des WSI sehen weitere Vorteile: In Ganztagschulen und öffentlich finanzierten Kindertagesstätten würden zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen. Außerdem erleichtern gute Betreuungsangebote Eltern die berufliche Tätigkeit. Sie profitieren davon stärker als von Steuernachlässen. Derzeit bekommen in Deutschland nur Familien mit Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren staatliche Dienstleistungen im Wert von etwa einem Sechstel des mittleren Haushalts-Einkommens, so die OECD. Die öffentlich finanzierte Kinderbetreuung in Frankreich und Finnland kann sich dagegen über eine Dauer von bis zu sechs Jahren erstrecken und ist bis zu einem Drittel des mittleren Haushaltseinkommens wert. ◀

* Quellen: OECD: Doing Better for Children, September 2009; Claudia Bogedan, Alexander Herzog-Stein, Christina Klenner, Claus Schäfer: Vom Schutzschirm zum Bahnbrecher – Anforderungen an die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise, WSI-Diskussionspapier Nr. 167, August 2009. Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de